

## **Arbeit und Demokratie in beunruhigender fast unheimlicher Zeit. Von demokratischen Herrschaftsverhältnissen zu einer demokratischen Lebensweise?**

Die Herausforderungen unserer Zeit sind gewaltig. Ökologische, ökonomische, soziale und politische Krisendrohungen türmen sich immer höher vor uns auf. Rechtspopulistische Bewegungen und Parteien sind augenscheinlich auf dem Vormarsch. Soziale Bewegungen und politische Parteien auf der Linken kommen dem hingegen kaum voran oder sind sichtlich in der Defensive. Mit Putins Krieg sind voraufklärerische national-chauvinistische und imperialistische Ideen von Neuem aufgetaucht, von denen wir gemeint hatten, sie seit dem Ende des zweiten Weltkriegs zunehmend hinter uns gelassen zu haben. Eskalationspotentiale sind bei diesem Krieg nicht von der Hand zu weisen. Zudem machen er und die weltweiten Reaktionen darauf deutlich, dass unser Denken noch immer von einem allzu eurozentristischen Blick geprägt ist. Darüber hinaus haben wir die koloniale Vergangenheit unseres Kontinents nur allzu gerne zu Gunsten unserer aufklärerischen Traditionen verdrängt. Immerhin das, und dass das im globalen Süden noch immer zu einer anderen Sicht auf Europa führt, dämmert uns nun doch stärker. Die Zeitläufte sind also beunruhigend, wenn nicht unheimlich.

Seit dem ‚Bewegungsjahr‘ 2011 (Roth 2012, Martens 2016, 68-103) haben sich die prägenden gesellschaftspolitischen Konstellationen dramatisch verändert. Unlängst hat Mario Candeias (2023) darauf mit Thesen reagiert, in denen er eine neue Entwicklungsphase konstatiert, die für durchgreifende antikapitalistische Reformen nicht mehr offen sei. Dabei argumentiert er aus der Perspektive der politischen Linken. Manche seiner Argumente sind sehr ernst zu nehmen. Aber ich habe mit den dort immer wieder gerne bemühten Phasenmodellen nie besonders viel anfangen können; und ich gehe bei meinen Lageeinschätzungen auch nicht von der Frage nach der Rückgewinnung einer sozialistischen Perspektive aus.

Seine These, dass wir uns heute *keiner offenen gesellschaftlichen Situation mehr* gegenübersehen folgt auf eine ganze Kette ziemlich rasch wechselnder Versuche von Phasendefinitionen. In Anlehnung an Antonio Gramsci ist für kurze Zeit vom Interregnum die Rede gewesen (Sreeeck 2015). Andere verfochten nach 2011 die These von einem sich ankündigenden *Epochenbruch* (Azzellini 2014) und den Chancen zu einer *Reorganisation der Linken in der Krise* und der *Lernfähigkeit des Mosaiks* (Candeias/Völpel 2014) - seinerzeit mit besonderem Akzent auf Spanien und Griechenland. Nur zwei Jahre später hatte sich das erledigt, nachdem die Griechenlandkrise neoliberal „beendet“ worden ist. Nun prägten der rasch anwachsende Rechtspopulismus nahm, bei uns im Zeichen der „Flüchtlingskrise“, in den USA mit dem sich ankündigenden Trumpismus den Blick, und sehr rasch ist vom *globalen Kapitalismus im Ausnahmezustand* (PROKLA-Redaktion) die Rede gewesen ist.

Ich selbst habe zwar im Zuge meiner Mitarbeit im *Forum Neue Politik der Arbeit* (FNPA) schon zehn Jahre zuvor in den „Spandauer Thesen“ zusammen mit anderen

vom *Epochenbruch* gesprochen (Glawe u.a. 2006); aber diese Thesen bezogen sich das auf einen damals schon dreißig Jahre währenden Prozess des neoliberalen Rollbacks, also die Einschätzung des Charakters eines neuen langen Zyklus kapitalistischer Reproduktion. Und so sehr sich Antonio Gramsci zu seiner Zeit wohltuend von anderen mehr oder weniger orthodoxen Marxismen abhebt, haben wir im FNPA danach nur sehr vorsichtig an ihn angeknüpft – etwa an seine These der *passiven Revolution*. Ich jedenfalls habe bei heutigen Anknüpfungsversuchen an ihn doch immer mehrere Probleme:

Die Perspektive auf so etwas wie einen wissenschaftlichen Sozialismus ist schon immer, also von Anfang an falsch gewesen. Man kann nur Zukunftsprojekte haben; denn Zukunft ist immer offen und alle Entscheidungen, die politische Bewegungen oder Parteien im Hinblick auf den Umgang mit neuen Herausforderungen treffen, sind unvermeidlicher Weise mit Risiken behaftet (Camus 216,378). Auch die Marx-sche Hoffnung auf das Proletariat, also eine Nichtklasse, die es nie gibt (Ranciere 2002, 100) hat sich als fragwürdig erwiesen. An den zweifellos klugen und zu seiner Zeit innovativen Marxisten Antonio Gramsci so einfach anzuschließen, ist deshalb schwierig. Im Übrigen kann man bezweifeln, dass wir nach 1945 in Deutschland oder Europa je eine offene gesellschaftliche Konstellation gehabt haben. Die Lage war durch eine Niederlage der marxistischen Arbeiterbewegung – nicht nur in Deutschland – und der Einmündung der russischen Revolution in den Totalitarismus als *der Enttäuschung des zwanzigsten Jahrhunderts* (Arendt 2002, 253) geprägt. Das Erbe des Stalinismus aber lebt heute in Russland und China in beunruhigender Weise in den dort zu beobachtenden Herrschaftsstrukturen wieder auf und wird von der politischen Linken immer noch kaum angemessen wahrgenommen. Aus meiner heutigen Sicht ist deshalb seit der Mitte des letzten Jahrhunderts – und allerspätestens seit der Implosion des sogenannten ‚real existierenden Sozialismus‘ der alte Begriff des Sozialismus/Kommunismus „moralisch verschlissen“. Auch sehe ich nicht, dass irgendeine Partei seither so etwas wie einen Entwurf in Richtung auf ein sozialistisch zu nennendes Projekt zustande gebracht hätte.

Aus meiner Sicht geht es vielmehr in zunehmend finsterner werdenden Zeiten um einen schrittweise zu findende Weg von unserer repräsentativen parlamentarischen Demokratie als bester aller schlechten Herrschaftsformen zu einer Lebensform. Meine Bezugspunkte sind somit – neben einer unverändert wichtigen kritischen Kapitalismusanalyse, die im Kern eine ökonomische Analyse ist – Ansatzpunkte – theoretisch wie praktisch - die darauf zielen, im Raum der Politik demokratische Freiheitsrechte aller zu stärken, dazu in diesem Raum Instrumente zu finden und auszubauen, die die Urteilskraft der Vielen stärken können und damit zusammen mit größeren Freiheitsrechten auch eine entsprechende Verantwortungsbereitschaft. Es geht um *Demokratie als Revolte* (Camus) oder um *das Wunder der Freiheit* im Raum der Politik (Arendt).

Da ich hier also einen deutlich anderen perspektivischen Blick habe als Candeias - zusammen mit vielen offenen Fragen und manchem Zweifel daran, dass sich die

*grenzenlose Angst der potenziell Freien* (Camus, 1957, 42) vor dem *Abgrund der Freiheit* (Arendt, 1998, 421ff) wirklich überwinden lassen wird -, muss ich schließlich vor allem dort Probleme mit dessen Thesen haben, wo er überlegt, wie mit der Krise der politischen Linken umzugehen wäre. So sehr ich zustimmen kann, dass auch der Grüne New Deal, den er als neues hegemoniales Projekt ansieht, angesichts der damit angezielten Kontinuität kapitalistischer Entwicklungslogiken in der Sphäre der Ökonomie seine Legitimitätsprobleme produzieren muss und wird - und so sehr ich daher zustimme, dass deshalb ein wachsender *Druck zur Konvergenz links-sozial-ökologischer, links-gewerkschaftlicher, sozialistischer, feministischer und radikaler Kräfte* entstehen wird: ich sehe nicht dass eine neue/erneuerte parteipolitische Linke die Kraft sein könnte, die diesem Druck organisatorische Kraft verleihen wird. Candeias Analyse der Lage der politischen Linken mag dabei noch zu den besseren gehören, die ich kenne – und für die weitere gesellschaftspolitische Entwicklung wäre es vermutlich gut, wenn diese politische Linke nicht gänzlich *vernichtet* (Candeias), richtiger aber wohl aus eigener Schwäche heraus zerfallen würde. Aber auch er ist noch in diesen Schwächen verfangen. Wenn er von der *sogenannten Zeitenwende* spricht oder die Perspektive einer erforderlichen deutlichen *Profilierung* der Linken als *moderne sozialistische Gerechtigkeitspartei und als klassenorientierte sozialökologische und feministische Partei der Gleichheit und Freiheit und des Friedens mit sozialistischer Perspektive* spricht, dann verweist das auf all die Punkte, von denen ich mich eben deutlich abgesetzt habe.

ich bündele meine soziologischen und politikwissenschaftlichen Überlegungen im Folgenden in achtzehn Thesen. Ich denke in ihnen darüber nach, ob und wie es möglich werden könnte, unsere repräsentative parlamentarische Demokratie von der besten aller schlechten Herrschaftsformen zu einer demokratischen Lebensweise aller weiterzuentwickeln. Die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit geben da nicht allzu viel Anlass für Optimismus – und was meine persönlichen Möglichkeiten anbelangt, mich im wissenschaftlichen oder öffentlichen Diskurs weiterhin einzubringen, muss ich feststellen, dass sie zunehmend begrenzt sind. Doch ich werde mein intellektuelles Engagement nicht aufgeben, mich vielmehr auch weiterhin im Sinne Albert Camus' als *glücklichen Sisyphos* begreifen. Im Blick auf meinen persönlichen Weltbezug – und wir alle müssen ja stets von einem solchen ausgehen, wie sehr auch immer wie uns um dessen Verallgemeinerung und Objektivierung bemühen mögen - ermöglicht mir das Gelassenheit im Sinne der Arendtschen Formulierung, dass *der Wind des Denkens (...) sich nicht in Erkenntnis äußere, sondern in der Fähigkeit Recht und Unrecht, schön und hässlich zu unterscheiden. Und diese Fähigkeit könne – in den seltenen Augenblicken, in denen die Einsätze gemacht sind – in der Tat Katastrophen verhindern, zumindest für das Selbst.*

Es mag daher viel für eine agnostische Sicht der Dinge sprechen - und wenn man so alt geworden ist wie ich, mag das auch aus einem weiteren Grunde nahe liegen. Ihn könnte man in den Erfahrungen mehrfachen oder vielfachen erfolgreichen Scheiterns bei den eigenen Bemühungen finden, wenigstens ein klein wenig zu einer Verbesserung der Widersprüche und elendiglichen Verhältnisse beizutragen, in die wir ver-

strickt sind. Doch man kann sich schlechterdings nie als bloßer Beobachter zu den Widersprüchen des eigenen Lebens verhalten. Also hört man nicht auf, mit seinen schwachen Kräften dazu beizutragen zu versuchen, angelehnt an eine Formulierung Arendts, die *kleine menschliche Ewigkeit* auf diesem Planeten zu verlängern. Für mich persönlich ist da letztlich eine Camusianische Maxime prägend, der zufolge es immer nur darum gehen kann, der Gegenwart im Zuge einer immer wieder geforderten Revolte gegen das Elend der Welt alles zu geben – und in diesem Zusammenhang *Demokratie als Revolte* zu begreifen.<sup>i</sup>

### **Lässt sich für *Arbeit und Demokratie/eine Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft* mehr Resonanz erzeugen? Weiterführende Überlegungen und Fragen in 18 Thesen**

1. Wer angesichts der Krise des demokratischen Projekts der Moderne auf Lösungen aus ist, die über unsere zutiefst kapitalistisch geprägte Welt hinausweisen sollen, benötigt Vorstellungen oder Visionen von Alternativen. Krisenzeiten können Erkenntniszeiten werden, *wenn die Menschen Alternativen zum Bestehenden wahrnehmen, wenn eine Kraft oder Organisation vorhanden ist, die ihnen signalisiert, dass das Lernen aus der Krise Folgen haben könnte*. Oskar Negt hat das schon 2011 so geschrieben. Allerdings geht es bei solchen Alternativen nicht um Utopien. Utopia ist ein ortloser, nie zu erreichender Idealzustand. Der „*prophetische Marxismus*“, der so etwas als ein „*Reich der Freiheit*“ vor Augen gehabt hat, ist zu Recht verschwunden. Auch ist inzwischen klar, dass es einen *Wissenschaftlichen Sozialismus* als sozusagen wissenschaftlich gesichertes Zukunftsprojekt nicht geben kann.
2. Wer heute angesichts multipler Krisendrohungen, die sich vor uns auftürmen – von der ökologischen über die soziale Krise bis hin zu der unserer repräsentativen Demokratie, die in den emanzipatorischen Motiven der europäischen Aufklärung wurzelt, politisch über den Status Quo hinaus will, verfolgt ein überaus ambitioniertes Programm. Er sollte dann allerdings als erstes zur Kenntnis nehmen, wie sehr die Vorstellungen der Menschen heute von unserer durch und durch kapitalistisch geprägten Gesellschaft bestimmt sind. Folgerichtig findet man in jüngerer Zeit, gerade angesichts der sich immer höher auftürmenden Krisendrohungen, in wieder wachsendem Maße kritische Gegenwartsanalysen, die an den tiefpessimistischen Grundton der *Dialektik der Aufklärung* erinnern.<sup>ii</sup>
3. In diesen Zusammenhang gehört - gerade auch im Hinblick auf die Ziele die wir seit Gründung des Forums Neue Politik der Arbeit (FNPA) verfolgen – zunächst einmal die Einsicht, dass unseren (deutschen) Gewerkschaften die Frage nach grundlegenden Alternativen zunehmend abhanden gekommen ist. Spätestens nach der der Implosion des vormals für real existierend gehaltenen Sozialismus ist das, trotz stetig wachsender Krisen und Krisendrohungen der Fall. In ihrem Grundsatzprogramm *Die Zukunft gestalten* von 1996 haben

sie sich programmatisch die Verteidigung und den weiteren Ausbau des Sozialstaats auf ihre Fahnen geschrieben, also einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie, wie sie nach 1945 in den ersten Nachkriegsjahrzehnten in den Staaten unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*, so Hannah Arendt<sup>iii</sup>, institutionell befestigt Gestalt gewonnen hat.<sup>iv</sup>

4. Es gilt aber auch sehr viel allgemeiner und beginnt sehr früh, dass die Gewerkschaften, beginnend mit ihren ersten stabilen Organisationen in Großbritannien, die die Niederlage der frühen revolutionären englischen Arbeiterbewegung (Owenismus/Chartisten) 'überlebt' haben – und im Grunde alle Gewerkschaftsbewegungen, die ihnen seither weltweit gefolgt sind - faktisch zunehmend stärker auf einen Weg gedrängt worden sind, auf dem es ihnen um so etwas wie eine „*sekundäre Teilhabe*“ an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion gegangen ist. Michael Vester hat das so schon für die frühen englischen Gewerkschaften konstatiert.<sup>v</sup> Trotz zeitweilig fürchterlicher Rückschläge, in Deutschland bis hin zur Zerschlagung der alten Arbeiterbewegung, hat sich das fortgesetzt, denn es gab ja auch wieder große Erfolge, wie die institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte nach 1945 klar belegen. Darüber hinaus gehende utopische Entwürfe verblassten dem hingegen - und sie wurden im Ergebnis der fragwürdigen Realisierungsversuche in der UdSSR und Osteuropa moralisch entwertet.
5. Prägend ist heute nach der Implosion dieses „Realsozialismus“ für unsere in diesem Prozess selbst zu Institutionen gewordenen Gewerkschaften folgerichtig immer wieder ein Blick zurück, ein Blick auf einmal Erreichtes. Ein auf weitertreibende Veränderung und Erneuerung zielender arbeits- und gesellschaftspolitischer Entwurf, für den uns im FNPA ja als Weg dahin eine *neue Politik der Arbeit* vorschwebt, macht da einen gewaltigen Unterschied. Über entsprechende Schritte auch nur nachzudenken, das sahen zum Beispiel auf dem *Kurswechselkongress der IG Metall 2012* die Teilnehmer der AG Wirtschaftsdemokratie – vielleicht ca. 30 bis 50 Gewerkschaftsfunktionäre aus dem In- und Ausland - als aussichtslos an. Die gesellschaftspolitischen Defensive, in der man sich im Unterschied zu den 1970er Jahren im Ergebnis eines schon Jahrzehnte währenden neoliberalen Roll Backs mittlerweile sah, schien ihnen dies realpolitisch gedacht, aussichtslos zu machen – und an konkreteren Vorstellungen auf wirklich tiefgreifende Veränderungsmöglichkeiten mangelte es entscheidend.
6. Diese Konstellation hat, weit über Deutschland hinaus, das arbeitspolitische Handeln von Gewerkschaften geprägt. Spätestens seit der Implosion des sogenannten „Realsozialismus“ erscheinen die parlamentarischen, repräsentativen Demokratien, die die deutschen Gewerkschaften in ihren ersten Grundsatzprogrammen wegen der privatrechtlich verfassten Sphäre von Arbeit und Wirtschaft noch als „halbe Demokratie“ verstanden hatten, nicht wenigen ge-

radezu als Gipfelpunkt jeglicher denkbaren freiheitlicher Demokratie. Allenfalls begrenzte Ausweitungen der damals erreichten Mitbestimmung werden noch angestrebt. Auch die zunehmend einschneidend spürbaren Folgen des schon im Ausgang der 1970er Jahre eingeleiteten neoliberalen Rollbacks, das durch die Implosion des Realsozialismus zusätzliche Schubkraft erhalten hat, haben das nie grundlegend verändert. Viel eher muss man davon sprechen, dass mit den neoliberalen, schon sehr früh auch rechtspopulistisch unterlegten Versprechen (Berlusconi) *stetigen* Wirtschaftswachstums und wissenschaftlich-technischen Fortschritts eine *Zeit der Loslösung, des Überflusses, einer ewigen Gegenwart, einer Zukunft, die nichts verspricht und genau deshalb ihre Versprechen halten wird*, angebrochen ist.<sup>vi</sup>

7. Erst die gegenwärtige, zunehmend wirklich als bedrohlich wahrgenommene Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne hat die Lage verändert. Die erklärte Frontstellung Russlands und Chinas gegenüber den liberalen, repräsentativen Demokratien des Westens und einem ihnen, so ungerechtfertigt, zugeschriebenen fortdauernden imperialen Führungsanspruch, hat dazu zuletzt den stärksten Impuls gegeben. Ganz entscheidend bleiben aber auch in der so veränderten Lage die Drohungen ökologischer Krisenentwicklungen und Katastrophen. Lange prognostiziert aber stetig verdrängt, türmen sie sich inzwischen immer höher vor uns auf und werden Jahr für Jahr nachdrücklicher erfahrbar. Wie sehr sie mit der kapitalistischen Entwicklungsdynamik verknüpft sind, auf die unsere politischen Eliten ungebrochen setzen, wird allgemein jedoch immer noch unzureichend reflektiert.
8. Man kann angesichts der gegenwärtigen Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, insbesondere der ernstlich nicht länger abzuweisenden Herausforderung zu einer ökosozialen Transformation sowie des vermehrten Aufkommens von rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien und einer Aushöhlung rechtsstaatlicher, demokratischer Verhältnisse im Zuge des Aufstiegs neuer Autokraten, beobachten, wie auch die in unseren Demokratien herrschenden politischen Eliten nach neuen Antworten suchen. Ihr marktradikales, neoliberales Projekt ist gescheitert. Aber eine „neue Erzählung“, die es mit der Kritik der fortgesetzten kapitalistischen Entwicklungsdynamik ernst nehmen müsste, lässt auf sich warten. Das liberale europäische Projekt eines „Grünen New Deals“ mag derzeit Hoffnungen auf Besserung begründen, aber es wird extern (Russland, China) und intern (Rechtspopulismus) bekämpft. Zudem dürfte auch dessen innere Entwicklungsdynamik nicht in einen schier unendlichen Fortschritt münden, sondern müsste letztlich auch viel eher als neue Etappe in einem *losgelassenen Verzehrungsprozess* kenntlich werden, so Hannah Arendt schon in den 1950er Jahren.<sup>vii</sup> Es müsste also um eine vielleicht aussichtsreiche Alternative auch dazu gehen.

9. Verschärfend kommen die mittlerweile akuten und mit weiterem Eskalationspotenzial drohenden militärische Konflikte hinzu, die ihre unmittelbaren Anlässe in geopolitischen Kalkülen der großen Atomkräfte haben. Auf Seiten einzelner Staaten, unübersehbar im Falle Russlands, wird dabei gar ein vorklärerisches neo-chauvinistisches und imperiales Denken erkennbar. Die kriegerischen Konflikte binden Ressourcen – und erschweren so die dringend erforderliche öko-soziale Transformation. Überdies wendet sich ein solches Denken, aus dem heraus sie begonnen worden sind, gegen die zwar begrenzten, aber immerhin doch gelebten Fortschritte, die insbesondere in den Staaten der *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft* errungen worden sind. Eine Folge davon ist, dass ein ungetrübt Selbstbild des „freien Westens“ bemerkenswert unkritisch neu erstanden ist.
10. In solcher Lage sind es hierzulande, und ebenso weltweit, insbesondere neue soziale Bewegungen, die an die Ökologiebewegung der 1980er Jahre neu anknüpfen, von denen weiterzielende Veränderungsimpulse ausgehen. Sie sehen sehr klar, dass wir Antworten auf tiefgreifende Umbrüche (ökologisch, sozial, politisch) erleben, die wechselseitig miteinander verknüpft sind und die neue Antworten erfordern. Unsere Gewerkschaften hingegen fordern dort, wo sich längst tiefgreifende Umbrüche abzeichnen, programmatisch „Sicherheit im Wandel“.<sup>viii</sup> Sie sind durch die Folgen des neoliberalen Rollbacks geschwächt, suchen die Reste früherer Erfolge zu verteidigen. Dabei sind sie in ihren arbeitspolitischen Vorstellungen immer noch durch ein altes „institutionelles Denken“ geprägt – also den Blick zurück auf die in der Vergangenheit erreichten Erfolge und die dazu genutzten Strategien, an denen sie einmal mehr anzuknüpfen suchen.
11. Eine ganz zentrale Frage für uns im FNPA lautet also: Wie kommt man aus solcher Lage heraus zu einem neuen Denken? das hat uns seit dessen Gründung 2001 mit der Frage nach den Ansatzpunkten für eine neue Arbeitspolitik - damals angesichts eines absehbaren Endes des New Economy Hypes, später dann im Zeichen der Weltfinanzkrise im Jahr 2008 - beschäftigt und von da aus zu der Frage geführt, wie man Wirtschaftsdemokratie neu denken müsste und könnte.<sup>ix</sup> Dabei aber darf es nicht um ein Denken gehen, das an einem vermeintlich fertigen Entwurf/Konzept festzumachen wäre. Dann ginge es ja viel eher um Glauben, um das Vertrauen in Vordenker\*innen also, und gerade nicht um ein selber Denken und Handeln. Aber es ist da ein großes Problem, dass wir alle als Wirtschaftsbürger\*innen – anders als von den wohl klügsten und zu ihrer Zeit hoffnungsvollsten Repräsentanten der europäischen Aufklärung erhofft – längst davon entwöhnt worden sind, uns selbst im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv in die politische Gestaltung unserer Gesellschaft einzumischen.

12. In den großen Umbrüchen unserer Zeit steht also ein ihnen entsprechender Umbruch im Denken der Menschen nach wie vor aus. Die vorherrschende Vorstellung ist immer noch, dass unsere gewählten politischen Repräsentanten zusammen mit den Eliten in Wirtschaft, Wissenschaft, Recht usw. es schon richten werden. Sind sie doch, so die uns selbstverständliche Überzeugung, alle den Werten unserer repräsentativen Demokratie verpflichtet. Dass private Interessen mächtiger Akteure aus diesen Eliten mit einem selbstverständlich gewordenen Lobbyismus den öffentlichen Raum der Politik untergraben, gerät immer wieder aus dem Blick. Aber mit dem auch von den politischen Eliten letztlich systematisch beförderten und gewollten Verzicht der Wirtschaftsbürger\*innen auf aktive demokratische Teilhabe in öffentlichen Räumen ist auf diese Weise zugleich verknüpft, dass viele Menschen nur wenige Gedanken auf ihre Verantwortung für unser Gemeinwesen richten.
13. Die in unserer Gesellschaft weit verbreitete Fortschrittsgläubigkeit ist im Kontext eines solchen Verzichts auf aktive Teilhabe(rechte) und zugleich Verantwortung als eine Art korrespondierender Ideologie anzusehen. Es käme hier darauf an, die *Elixiere der Wissenschaft* (Enzensberger 2002) also das Vertrauen in sie wie in wundersame Heiltränke, zu erkennen und unserer Wissenschaft so einen ihr würdigen Platz in unserer Gesellschaft zu verschaffen. In ganz ähnlicher Weise gilt das für unsere Marktgläubigkeit und die merkwürdige Vorstellung, dass es auf einem Planeten mit endlichen und begrenzten Ressourcen einen gleichsam ewigen Prozess stetigen wirtschaftlichen Wachstums geben könne.
14. Es käme mithin darauf an, sich an Konzepte aus der Zeit vor dem neoliberalen Roll Back zu erinnern, das im Ausgang der 1970er Jahre eingesetzt hat – also aus der Zeit, in der ein „mehr Demokratie wagen“ statt des „mehr Fortschritt wagen“ noch die richtungsweisende politische Maxime gewesen ist. Die dahinter stehende Hypothese lautet, dass mehr Demokratie einen wirklichen ökologischen, sozialen und politischen Fortschritt ermöglichen könnte. Die Tragfähigkeit dieser Hypothese kann aber allein praktisch in so etwas wie tentativen, also versuchsweisen Schritten erprobt werden. – und das setzt ein Zusammenhandeln voraus, dem ein Zusammen Denken vorausgehen müsste.
15. In den Gewerkschaften gibt es seit längerem Debatten über die Bedeutung einer aktiven Beteiligung der Beschäftigten an der Interessenvertretungsarbeit ihrer Repräsentanten - und Kritik am bloßen „Stellvertreterhandeln“. Betriebsräte und Vertrauensleute haben die Erfahrung gemacht, dass in zunehmend schwieriger werdenden Zeiten allein die aktive Beteiligung der Beschäftigten Chancen eröffnet, arbeitspolitisch von der Prävention zu innovativem Handeln zu gelangen. Die Analyse entsprechender gewerkschaftlicher Kampagnen wie *besser statt billiger*, und einzelne empirische Untersuchungen<sup>x</sup> haben das gezeigt. Und sie belegen auch, dass solche aktive Beteiligung der Beschäftig-



ten selbst unter all dem Zeitdruck praktikabel sind, der Erwerbsarbeit heute zunehmend belastender macht. Vor dem Hintergrund solcher ermutigenden Erfahrungen ist in den Gewerkschaften immerhin darüber diskutiert worden, dass es ein zentraler Schlüssel für die Bewältigung der wachsenden arbeitspolitischen Zukunftsaufgaben sein wird, dafür individuelle und kollektive Beteiligungsrechte der Beschäftigten miteinander zu verknüpfen und zu stärken.

16. Bei all dem geht es bislang vor allem um sogenannte inkrementelle Innovationen, oder in anderen Worten, um die menschengerechtere Gestaltung von Arbeit oder „gute Arbeit“ und zugleich um die Sicherung jener diversifizierten Qualitätsproduktion, die die deutsche Wirtschaft lange Zeit im globalen Wettbewerb so stark gemacht hat. Nachzudenken wäre heute aber auch darüber, ob und wie solche gestärkten Beteiligungsformen und –Prozesse nicht auch einen gewichtigen Stellenwert für die öko-soziale Transformation haben könnten – und sei es, dass über die in ihrer Reichweite möglicherweise begrenzten aktiven Beteiligung der Beschäftigten am Arbeitsplatz, in der Arbeitsgruppe und im Betrieb das Verständnis von den Potenzialen solcher Beteiligung gestärkt wird, so dass sie auch für die Beteiligung der Wirtschaftsbürger\*innen in der Region und darüber hinaus selbstverständlicher werden.
17. Hier ist daran zu erinnern, dass entsprechende Instrumente wie „Zukunftswerkstätten“ oder „Planungszellen“ aus den 1970er Jahren, also aus der Zeit des „mehr Demokratie wagen“, bekannt sind.<sup>xi</sup> Ihre Grundidee ist, dass wissenschaftliche Expert\*innen einer nach Zufallskriterien zusammengesetzten Gruppe von Bürger\*innen unterschiedliche Lösungsmodelle präsentieren und diese dann in einem geregelten Verfahren zu einer fundierten Meinungsbildung gelangen. Es geht also um wirkliche Meinungsbildung statt um die Erfragung von Meinungen, die letztlich darauf zielt, mit deren Hilfe jeweils gerade aktuelle Themen und Gegenstände durchzusetzen, Umfragen also ein *Instrument rationaler Demagogie* statt als eines *demokratischer Beratung* zu nutzen.<sup>xii</sup> Mit solchen Beteiligungsverfahren ließe sich neu experimentieren. Sie wären weiter zu entwickeln. Ihr Verhältnis zu den weiterhin unverzichtbaren repräsentativen Vertretungsstrukturen wäre zu prüfen usw. Hierfür öffentlichen Druck zu erzeugen, setzt allerdings voraus die Bedrohlichkeit der aktuellen Entwicklungen und die offenkundigen Grenzen der uns so gewohnt gewordenen gesamtwirtschaftlichen Steuerungsprozesse klar auszusprechen. In tentativen Versuchsprozessen müsste sich dann praktisch zeigen, ob eine deutlich verbreiterte Praktizierung von aktiv gelebter Demokratie greifen kann. Ebenso müsste sich erweisen, ob das einen anderen Zeitrhythmus erfordert als die gegenwärtigen Prozesse der Entscheidungsfindung innerhalb jeweiliger Gruppen politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher Eliten, oder aber ob diejenigen Recht haben, die meinen, dass sie eher zu einer Beschleunigung von zudem rationaleren Entscheidungsfindungsprozessen beitragen, in denen unterschiedliche Interessen abgewogen werden können.

18. Dabei ist klar, dass unsere überaus komplexen Gesellschaften in vor allem ökonomisch globalisierter Welt, mit wachsender internationaler Konkurrenz, einem somit stetigen Druck zu technologischen Innovationen, hochgradig global vernetzten Zulieferketten usw. auf das Knowhow von Experten innerhalb der politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen usw. Eliten angewiesen sind. Transformationsrate<sup>xiii</sup>, wie sie von einigen Seiten gefordert werden, können da nur als eine hinzukommende Innovation im politischen Prozess unserer Gesellschaft gedacht werden. Schlichte Anleihen bei Rätedemokratischen Vorstellungen einer früheren Zeit wären hingegen fatal. Alle Schritte, die darauf zielen, die hier thesenhaft umrissenen Überlegungen schrittweise zu konkretisieren und praktisch voranzubringen, wären dazu geeignet, unsere repräsentative parlamentarische Demokratie von der besten aller schlechten Herrschaftsformen zu einer wirklichen Lebensform aller weiterzuentwickeln. Folgt man aber diesem Gedanken, dann ist es folgerichtig, die öffentlich so bedeutsame aber nach wie vor privatrechtlich verfasste Sphäre von Arbeit und Wirtschaft in entsprechende Überlegungen einzubeziehen und individuelle wie kollektive Beteiligungsrechte der abhängig Beschäftigten zu erweitern und rechtlich abzusichern. Das setzt weder die Eigentumsordnung noch die Steuerungsmechanismen von Märkten außer Kraft. Es schränkt aber beide durch die tentative Erprobung neuer Steuerungsinstrumente ein – und es lässt offen, welche weitergehenden Dynamiken sich daraus entwickeln werden.

---

<sup>i</sup> Das Werk des literarischen Philosophen, philosophischen Literaten und stets politisch engagierten Intellektuellen Albert Camus hat mich in den letzten Jahren intensiv beschäftigt. Siehe dazu zuletzt die verschriftete Fassung eines Vortrags, den ich im Oktober 2022 im Rahmen eines philosophischen Kolloquiums der Humanistischen Akademie gehalten habe (Martens 2022). Camus Forderung *Der Gegenwart alles geben* findet sich im Schlussteil von *Der Mensch in der Revolte*. Er war das Motto des Camus-Festivals, das die deutsche Albert-Camus-Gesellschaft im Oktober 2021 in Aachen durchgeführt hat. Von *Demokratie als Revolte* spricht, im Anschluss an Camus, Markus Pausch (2017).

<sup>ii</sup> Antonio Scurati, auf dessen Analyse des Rechtspopulismus eines Enrico Berlusconi ich im Folgenden noch, in vieler Hinsicht zustimmend, Bezug nehmen, wäre hier zum Beispiel zu nennen, oder auch Mark Fishers (2013) Analyse eines Kapitalismus ohne Alternative.

<sup>iii</sup> Bereits im Ausgang der 1960er Jahre schreibt Arendt (1974, 278) in ihrem Buch „Über die Revolution“, dass *die atlantische Zivilisationsgemeinschaft Gefahr laufe, die vermutlich letzte Chance abendländischer Kultur zu verspielen*.

<sup>iv</sup> Wir haben dagegen einen mit dem neoliberalen Rollback, einsetzend schon seit der Mitte der 1970er Jahre, einen seit drei Jahrzehnten anhaltenden Prozess konstatiert, den wir als *Epochenbruch* bezeichnet haben und angesichts dessen wir versucht haben, Ansatzpunkte für eine *neue Politik der Arbeit* herauszuarbeiten (Scholz u.a. 2006)

<sup>v</sup> Michael Vester (1970, 113 und 116) konstatiert im Ergebnis seiner Analyse der frühen englischen Arbeiterbewegung, dass die Gewerkschaften, *da die Arbeiter in den Betrieben eine notwendige Kommunikation eingingen, nicht aufgelöst werden konnten. Aber sie wurden durch erfolgreiche Aussperrungen und Justizverfolgungen von ihren politisch- antikapitalistischen Zielen abgebracht und auf*

---

*das Aushandeln von Lohn- und Zeittarifen beschränkt.* Die Tatsache, dass die Fremdheit der neuen Verhaltenszumutungen einer erzwungenen, und nun immerhin partiell geregelten Veralltäglichi-  
wich, könne dann erklären, *warum die Arbeiterbewegung in ihren frühen Anfängen die große utopi-  
sche Alternative viel deutlicher erkannte als später, als sich ihre Organisationen bürokratisierten und  
als sekundäre Teilhaber des wirtschaftlichen Wachstums von der herrschenden Ordnung anerkannt  
wurden.*

<sup>vi</sup> Der italienische Schriftsteller Antonio Scurati (2023) umreißt in seinem vernichtend kritischen  
Rückblick auf die Ära Berlusconi so das Entstehen des Rechtspopulismus seit den 1980er Jahren als  
ein Trugbild, das die Bürger mit der verallgemeinerten Sprache der Werbung zu Kunden gemacht  
habe. Sie erwachten so heute angesichts von ökologischen und politischen, auch kriegerischen Kri-  
sendrohungen aus einem Traum, der sie gleichzeitig ahnungslos, töricht aber auch zynisch gemacht  
habe. Man muss seinen tiefen Pessimismus nicht teilen, seine Analyse aber doch sehr ernst nehmen.

<sup>vii</sup> *Sie schreibt in ihrem Denktagebuch um die Mitte der 1950er Jahre unter dem Stichwort Losgelas-  
sene Prozesse: „Das entscheidende der Neuzeit ist, dass sie dem Denken wie dem Handeln den Erfah-  
rungsbereich des Herstellens, der beiden als Modell gedient hatte, entzieht. An die Stelle des Herstel-  
lens tritt erst die Arbeit und mit ihr der ‚Materialismus‘ und dann die Technik und mit ihr das Prozess-  
denken oder richtiger das ‚Prozessieren‘. In der Arbeit werden Dinge zum Konsum hergestellt und  
nicht zum Gebrauch; der Mensch beginnt, seine von ihm geschaffene Dingwelt zu verzehren, und wird  
dadurch selbst unbedingt. Da er selbst nicht mehr schafft, glaubt er auch nicht mehr, geschaffen zu  
sein. In der Technik, welche erst nur die Arbeit ablöste (scheinbar ganz harmlos!) zerstört der Prozess  
selbst: Nicht der Mensch verzehrt die Dinge, (dies tut er auch) sondern der Mensch lässt einen auto-  
matischen Verzehrungsprozess los“ (Arendt 2003, 487).*

<sup>viii</sup> Siehe das Arbeitspapier 5/2021 des Funktionsbereichs Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik beim Vor-  
stand der IG Metall. In diesem Papier, das die tiefen Umbrüche unserer Zeit unter dem eher verharmlosenden  
Begriff des Wandels fasst, der ja eher auf stetige eher gleichförmige Veränderungen abzielt, werden die die  
Instrumente und ‚institutionellen Strategien‘ die unsere Gewerkschaften zur Bewältigung von z.T. tiefgreifenden  
strukturellen Veränderungen entwickelt haben, sehr detailliert aufgelistet. Im Rückgriff auf diese Instru-  
mente zielen die Überlegungen offenkundig auf die Fortsetzung und Verstetigung bisheriger Politik.

<sup>ix</sup> Siehe dazu u.a. die Beiträge von Martens/Scholz 2010 sowie Martens 2010.

<sup>x</sup> Siehe hierzu u.a. Martens/Peter/Wolf 2001, Scholz u.a. 2005 sowie Martens/Dechmann 2011, Haipeter/Dörre  
2011, Lehndorff 2012

<sup>xi</sup> Robert Jungk und Wolfgang Müllert (1982) haben in den 1980er Jahren das Konzept der Zukunftswerkstätten  
entwickelt, Peter Dienel schon zu Beginn der 1970er Jahre in der Staatskanzlei der SPD-Landesregierung in  
Düsseldorf das der Planungszelle. Im Herbst 1997 ist dazu nach 25 Jahren auf der Internationalen Tagung „Re-  
flexive Demokratie“ an der Universität Wuppertal eine Zwischenbilanz gezogen worden (Dienel 1997, Martens  
1998). Aktuell ist mehr Bürgerbeteiligung Teil des Regierungsprogramms der Ampelkoalition.

<sup>xii</sup> Das Zitat entnehme ich einem Interview, das Pierre Bourdieu im Jahr 1991 einer Zeitschrift der französischen  
Gewerkschaft CFDT gegeben hat (Bourdieu 2005, 130).

<sup>xiii</sup> Die *Letzte Generation* als ein radikaler Flügel der Ökologiebewegung fordert einen ‚Transformationsrat‘ der  
offenbar am Ende für das Parlament, oder an ihm vorbei, verbindliche Entscheidungen treffen können soll, was  
auf weit zurückliegende Rätedemokratische Vorstellungen verweist .im Öffentlichen Diskurs kann man so neu-  
erdings Artikel unter der Überschrift finden *Auf in die Räterepublik?* (Scheffel 2023). Auffällig ist aber, dass es  
derzeit einmal mehr die Suche nach geeigneten Beteiligungsformen gibt – zugleich aber auch eine bemerkens-  
werte Diskontinuität und wohl auch Unkenntnis hinsichtlich der Debatten der vergangenen 50 Jahre.

---

## Literatur:

- Arendt, H. (1974): Über die Revolution, München-Zürich (dt. Erstausgabe 1963)
- (1998): Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen, München
  - (2003): Denktagebuch (Hgg. Von U. Ludz u. I. Nordmann), 2 Bände, München-Zürich (dt. Erstausgabe 2002)
- Bourdieu, P. (2005): Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg
- Camus, A. (1957). Heimkehr nach Tipasa. Mittelmeer-Essays, Zürich
- (2016) Der Mensch in der Revolte (31. Auflage), Reinbek bei Hamburg
- Candeias, M. (2023) Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der LINKEN braucht
- Enzensberger; H. M. (2002): Die Elixiere der Wissenschaft. Seitenblicke in Poesie und Prosa, Frankfurt am Main
- Fisher, M. (2013): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Eine Flugschrift, Hamburg
- Haipeter, T.; Dörre, K. (Hrsg) (2011): Gewerkschaftliche Modernisierung Wiesbaden
- IG Metall-Vorstand (2021): Sicherheit im Wandel. Instrumente für die Gestaltung der Transformation, Arbeitspapier 5/2021, Funktionsbereich Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik, Frankfurt am Main
- Lehndorff, S. (2012): Besser statt billiger. Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn, in: Fricke, W.; Wagner, H. (2012) (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Martens, H. (1998): „Reflexive Demokratie“ – 25 Jahre Planungszelle. Es geht darum, die Bürgerrolle wirklich zu öffnen – Tagungsbericht, in: ARBEIT, Heft 2, 1998, S. 179-181
- (2010): Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
  - (2022): Albert Camus: philosophischer Literat, literarischer Philosoph und politisch engagierter Intellektueller – Überlegungen zu seiner existenziellen Philosophie, [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de) (die weitere Veröffentlichung im Rahmen einer Buchpublikation der Humanistischen Akademie ist in Vorbereitung)
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010): Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Scholz, W. (2010): Wirtschaftsdemokratie neu denken; [www.fnpa.eu](http://www.fnpa.eu)
- Martens, H.; Peter, G.; Wolf, F. O. (2001) (Hg.): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung, Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit, Frankfurt/New York
- Martens, H.; Scholz, D. (2011): Wirtschaftsdemokratie neu denken, [www.FNPA.de](http://www.FNPA.de)
- Pausch, M. (2017): Demokratie als Revolte. Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung, Baden-Baden
- Scheffel, S. (2023): Auf in die Räterepublik?, in Ruhrnachrichten 22.06. 2023
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F. O.; (2005) (Hrsg.): Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster
- Scurati, A. (2023): Unendlicher Spaß. Hinter Berlusconi sollte in Italien Schluss sein mit Moral und Gesetzen. Damit hat er den Populisten den Weg bereitet, in: SZ, 17./18.06. 2023
- Streeck, W. (2015): Gekaufte Zeit. die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Erweiterte Ausgabe, Berlin
- Vester, M. (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 bis 1448, Frankfurt am Main